Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

für die freigewerkschaftlichen Aufgaben der Arbeitnehmer in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2,50 Mark. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Versandstelle des Verbandes finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeitzer Straße 30, IV, Aufgang B und C. Ruf 338 19

Anzeigengebühr: Die 8gespaltene Zeile 1 Mark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheck Leipzig 56383. Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Str. 30, IV (Volkshaus). Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends vormittags.

37. Jahrgang — **Sonnabend, den 29. April 1933** — **Nummer 17**

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Kollegen und Kolleginnen!

Im Zeichen des **1. Mai** habt ihr alljährlich euch zu der großen Aufgabe bekannt, in der deutschen Arbeiterschaft den hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewußtsein, Gemeinschaftswillen und Kameradschaftsgeist unermüdlich zu wecken, zu pflegen und zu fördern, wie er in unseren Gewerkschaften seinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat.

Am Tage des **1. Mai** erglühte stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen beseelten deutschen Arbeiter, den werktätigen Menschen einem dumpfen Arbeitsdasein zu entreißen und ihn als freie, selbstbewußte Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen.

So habt ihr im Zeichen des 1. Mai euch den gesetzlichen Achtstundentag, das Recht auf menschenwürdige Existenz erobert.

Wir **begrüßen** es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum **gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit,** zum deutschen **Volksfeiertag** erklärt hat.

An diesem Tage soll nach der amtlichen Ankündigung **der deutsche Arbeiter** im Mittelpunkt der Feier stehen.

Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein **vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden.** Das deutsche Volk soll an diesem Tage seine unbedingte **Solidarität mit der Arbeiterschaft** bekunden.

Kollegen und Kolleginnen in Stadt und Land! Ihr seid die **Pioniere** des Maigedankens. **Denkt immer daran und seid stolz darauf.**

In herzlicher Kameradschaft mit euch allen unerschütterlich verbunden, senden wir euch zu diesem Tage unseren gewerkschaftlichen Gruß.

Berlin, 15. April 1933.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Zum 1. Mai

Wir sind es, die die Arbeit ehren,
Die Arbeit, die uns alle nährt,
Die Arbeit, der wir viel entbehren,
Die Arbeit, die den Wohlstand mehrt.
Sie formt den Stoff, sie baut, gestaltet,
Erforscht die Rätsel der Natur,
Sie ist es, die die Welt verwaltet,
Sie ist der Grundstein der Kultur.

Die Arbeit gibt uns Kraft zum Leben,
Gibt uns ein Ziel, das uns beglückt,
Treibt uns zu sozialem Streben,
Wenn uns des Daseins Not bedrückt.
Die Achtung, die man allerwegen
Gewährt dem schaffenden Verstand,
Gebührt auch der so fleißig regen
Und schöpferischen Arbeitshand.

Drum sei dem Werkmann, der die Erde
Wie Atlas auf dem Rücken trägt,
Für alle Mühe und Beschwerde
Ein Maistrauß auf den Tisch gelegt.
So mag der 1. Mai verklären
Sein Werk mit hellstem Sonnenschein!
Der 1. Mai soll hoch in Ehren
Als Tag der Arbeit heilig sein!

V. K.

Der Tag der Arbeit

Wenn in diesem Jahre durch Beschluß der Reichsregierung, dessen Bedeutung auch wir nicht verkennen können, der 1. Mai staatlich anerkannter Feiertag ist, so wollen wir die müßigen Stunden dazu benutzen, einen Rückblick auf Entstehung und Geschichte der Maifeier zu werfen. Die Geschichte einer Bewegung ist lehrreich für Gegenwart und Zukunft, und die Maifeier, die durch Beschluß des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses im Jahre 1889 eingeführt wurde, hat ihre Bedeutung durch die großen Kämpfe erhalten, die die Arbeiterschaft um die Erringung dieses Tages geführt hat. Über vierzig Jahre sind seit jenem denkwürdigen Tage vergangen, ungeheure Opfer hat die Arbeiterschaft während dieser Zeit gebracht, sie hat gekämpft und gelitten, aber sie ist nicht wankend geworden in dem Glauben an den Sozialismus. „Es ist", heißt es in dem Beschluß der Internationalen Arbeiterdelegierten, „für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen."

Als Tag der internationalen Kundgebung für die Einführung des Achtstundentages wurde der 1. Mai bestimmt. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich der Beschluß der Arbeiterdelegierten über die ganze Welt. Man horchte auf, die Arbeiter erfaßten den großen Gedanken sofort, und obwohl keine Zeitungen vorhanden waren, mit Ausnahme ein paar unbedeutender sozialistischer Blätter in Frankreich und in der Schweiz, die die Idee der internationalen Arbeitsruhe propagandierten, der Sinn und die Bedeutung wurden überall verstanden. Auch die Unternehmer begriffen, um was es ging. In Deutschland entstanden mit einem Schlage 43 neue Unternehmerverbände, deren erste Tat darin bestand, an die Industriellen die Aufforderung zu richten, alle am ersten Mai nicht zur Arbeit kommenden Arbeiter auszusperren. Prompt befolgten die Unternehmer diese Aufforderung, in Berlin und Hamburg wurden Tausende, die im Jahre 1890 die erste Maifeier durch Arbeitsruhe begingen, ausgesperrt. In der bürgerlichen Welt wußte man sich keinen anderen Rat, als daß man nach Militär und Polizei rief. In den Hauptstädten der Welt lag das Militär in Alarmbereitschaft, in den Straßen von Paris und in den Alleen Wiens fuhren Kanonen auf.

Unnütze Befürchtungen, die der Angst entsprangen, daß die Arbeiter den Ruhetag zu Plünderungen und Radaumacherei benutzten. Nichts trat davon ein, es wurden keine Läden gestürmt und kein Radau gemacht. Die erste Maifeier im Jahre 1890 wickelte sich in friedlichen Formen ab, nirgendwo kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den feiernden Arbeitern und der Staatsgewalt. Bald mußten die angstmeiernden Bürger gestehen, daß dieser Tag eine andere Bedeutung hat, wie sie zuerst annahmen. Führende Persönlichkeiten im Bürgertum erklärten offen ihre Sympathien für das Fest der Arbeit, ja sie gingen darüber noch hinaus und setzten sich dafür ein, daß man es der Arbeiterschaft überlasse, wie sie ihr Fest veranstalte und würdig begehe. Friedrich Naumann schrieb 1897: „Es soll ein Tag im Jahre sein, wo der Arbeiter, Gehilfe, kleine Beamte, kleine Handwerker das Gefühl hat: dieser Tag ist unser, heute feiern wir unsere Hoffnungen und Wünsche. Der Bauer hat sein Erntefest, die Arbeit im Gewerbe will ihren Mai. Warum soll es nicht möglich sein, daß dieser Tag gerade so geachtet wird, wie irgendeiner von den vielen Feiertagen, die wir aus dem Mittelalter her im deutschen Volke hatten und teilweise noch haben."

Die Arbeiter verbanden mit der Maifeier die Erfüllung ihrer Hoffnungen und Wünsche. „Einmal im Jahre", heißt es in einer Maibroschüre, „treten wir aus der verborgenen Wirklichkeit heraus und schreiten dröhnenden Schrittes hinter unserem Banner her, im großen Festzug der Armen durch die Straßen der Großstadt, Truppenschau zu halten. Das ist am 1. Mai. Das ist der große Sonntag für uns." In vielen Gedichten, von Arbeitern verfaßt und für Arbeiter gedichtet, kommt Sinn und Bedeutung der Maifeier zum Ausdruck. So zum Beispiel in Karl Brögers „Heut' trägt die Arbeit Feierkleid":

„Unsere grauen Gassen
ersticken in trübem Schein.
Die engen Fenster lassen
nur spärliches Licht hinein.
Doch einmal im Jahr
wollen wir Sonne sehen.
Um unser verstaubtes Haar
sollen die freien Winde wehen.
Mit den Lerchen steigen wir jubelnd ins Blau."

Einmal im Jahre soll ein Tag sein, der der Arbeit gehört. An diesem Tage soll sichtbar und deutlich zum Ausdruck gebracht werden, daß auch der Arbeiter ein würdiges Glied der menschlichen Gesellschaft ist. Er soll sich nicht abgestoßen fühlen, nein, er soll wissen, daß er zum Ganzen gehört. Die Vorkriegszeiten, wo der maifeiernde Arbeiter mit Entlassung und Aussperrung bestraft wurde, sie sind überwunden, sie kommen hoffentlich nie wieder.

In der Nachkriegszeit ist der 1. Mai in vielen Staaten gesetzlicher Feiertag geworden. In Österreich, in der Tschechoslowakei, in Italien und Rußland wurde er gesetzlich anerkannt. In einzelnen deutschen Ländern, so in Sachsen, Braunschweig, Schaumburg-Lippe, Hamburg und Lübeck war der 1. Mai noch im vorigen Jahre gesetzlicher Feiertag. Die neue Regelung macht aus dem 1. Mai ein Volksfest, das im ganzen Deutschen Reiche, in allen Ländern und Städten unter Teilnahme der gesamten Bevölkerung gefeiert wird. Die Feier trägt offiziellen Charakter, es ist ein Staatsfeiertag, der seine besondere Bedeutung dadurch erhält, daß der Reichskanzler seinen Vierjahresplan bekanntgibt. Nach Entstehung und Geschichte der Maifeier wollen die Arbeiter an diesem Tage fühlen, daß sie vollberechtigtes Mitglied der Volksgemeinschaft sind. Das Gefühl des Abgestoßenseins, ja, das Gefühl, nur ein schuftender Proletarier zu sein, der tagtäglich in der Fron steht, ohne mehr als einen kärglichen Lohn dafür zu bekommen, eine Proletarier ohne Zukunft und Gegenwart, in einem Heim ohne Licht und Sonne, das Gefühl der Bedrücktheit und Knechtung — das soll an diesem Tage nicht vorhanden sein. Auch die Steinarbeiter aller Gruppen einschließlich der Straßenbauarbeiter feiern diesen Tag, denn er ist unser Tag, der Tag der Arbeit.

*

Volle Lohnzahlung am 1. Mai. Amtlich wurde bekannt: Die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über den Feiertag der nationalen Arbeit werden auch die Frage der Lohnzahlung am 1. Mai regeln. Für den 1. Mai wird auch für die Arbeiter, die im **Stundenlohn** beschäftigt sind, der **volle Lohn gezahlt** werden.

Die Unternehmerverbände im Umbau

In den letzten Wochen ist in den deutschen Unternehmerverbänden ein grundsätzlicher Wandel erfolgt. Große Verbände haben sich unter dem Druck der politischen Ereignisse vollständig umgestellt. Vertreter der NSDAP. sind in die Leitung von großen und kleinen Wirtschaftsorganisationen berufen worden. Der langjährige Generalsekretär des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Kastl, ist zurückgetreten und ein Vertreter der NSDAP. hat seine Stelle eingenommen. Der Langnamenverein, jene große Unternehmerorganisation in Westdeutschland, hat, ebenfalls dem Zuge der Zeit folgend, wichtige organisatorische Maßnahmen getroffen. Unter anderm sollen Fachschaften errichtet werden, in die auch Vertreter der Arbeiterschaft gelangen. Auch die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat sich vollständig umgestellt. Die wirtschaftliche Organisation der NSDAP. hat maßgebenden Einfluß auf die Führung dieser Handelsorganisation erlangt. In den Industrie- und Handelskammern und anderen Unternehmerorganisationen sind ähnliche Vorgänge zu verzeichnen. Vorläufig scheint es sich noch um einen Anfang zu handeln. Alles deutet darauf hin, daß der Verbandsapparat der Unternehmer eine grundlegende Umgestaltung erfahren soll.

Dies gibt uns Veranlassung, grundsätzlich auf die Dinge einzugehen. Mehr als in jedem anderen Lande ist in den letzten Jahrzehnten in Deutschland ein Organisationsapparat entstanden, der uns als sehr übersetzt erscheint. Nach dem letzten Jahrbuch der Berufsverbände bestanden im Bereiche der Organisationen der Unternehmer 1476 Reichsverbände, 2157 Landes- und Bezirksverbände und etwa 3000 Ortsverbände. Dieser ungeheure Organisationsapparat ist erst in den letzten Jahren so mächtig in die Breite gewachsen. Gab es doch 1909 erst 73 Reichsverbände und 402 Landes- und Bezirksverbände. Letztere haben eine Steigerung um das Fünffache und erstere eine solche um das Zwanzigfache erreicht. Daneben verfügte das deutsche Unternehmertum über ein engmaschiges Netz von Kartellen, Innungen, Handelskammern, Handwerkskammern u. a. Verbänden. Wenn man sich dies alles durch den Kopf gehen läßt, so muß auch der Laie zu der Überzeugung kommen, daß hier eine Überwucherung des Organisationsgedankens eingetreten ist. Es braucht nicht näher erwiesen zu werden, daß dieser Verbandsapparat ungeheure Kosten erfordert. Es würde für die deutsche Volkswirtschaft sehr nutzbringend sein, wenn durch einen umfassenden Umbau Ersparnisse zu erzielen sind.

Die Reichsregierung und mit ihr die maßgebenden Leute der NSDAP. scheinen durch ihren Einfluß auf die Unternehmerorganisationen die zahlreichen Reibungen beseitigen zu wollen, die innerhalb des Wirtschaftslebens bestehen. Dabei darf man sich aber keiner Täuschung hingeben, daß hier ungeheure Widerstände überwunden werden müssen. Unter den Unternehmerorganisationen gibt es solche mit monopolartigem Charakter. Wir nennen hier den Kohlenbergbau, die Schwereisenindustrie und die chemische Industrie, um nur die wichtigsten anzuführen. Namentlich auf dem Gebiete der Eisen- und Stahlindustrie bestehen schier unüberwindliche Gegensätze. Die „Interessengemeinschaft der konzernfreien Eisenwirtschaft" und Organisationen ähnlichen Charakters haben der Reichsregierung Forderungen vorgetragen, wie die sofortige Beseitigung der Umsatzsteuerfreiheit der Konzernwerke, sofortige Änderung der Syndikatsbestimmungen der Rohstahlgemeinschaft, Schaffung gleicher Einkaufspreise für Kohle, Koks, Ferngas und Elektrizität für freie und Konzernwerke usw. Mit derartigen Wünschen geraten die verarbeitenden Betriebe in die direkte Gegnerschaft mit den Organisationen der Schwereisenindustrie. Die Reichsregierung hat den verarbeitenden Werken durch den Staatssekretär Dr. Bang weitgehende Hilfe zugesagt. Es wird sich nun in der Praxis erweisen, inwieweit derartige Gegensätzlichkeiten im Bereiche der Unternehmerorganisationen ausgeglichen werden können.

Grundsätzlich stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Staat das Recht und die Pflicht hat, in die Produktions- und Verteilungswirtschaft einzugreifen. Die Monopolorganisationen der Unternehmer haben für sich weitgehend die Freiheit in Anspruch genommen. Daß schon allein durch das Bestehen solcher Gebilde die Gewerbefreiheit in ihr Gegenteil verwandelt wurde, brauchen wir nicht erst auseinanderzusetzen. Wer sich wie wir zum Organisationsprinzip bekennt, muß es begrüßen, daß die Organisationen der Wirtschaft den Gesamtinteressen des Volkes untergeordnet werden. Wenn also die Reichsregierung und die ihr nahestehenden Verbände bestrebt sind, eine Regelung auf dem Gebiete der Wirtschaft vorzunehmen, so wird dies von breitesten Kreisen der Arbeiterschaft gebilligt. Bei den Organisationen der Unternehmer handelte es sich nicht wie bei den Gewerkschaften um vollständig freie Organisationen, sondern sie sind meistens unter wirtschaftlichem Druck zustande gekommen. Der Umbau der Unternehmerverbände nach der Richtung der Gesamtinteressen des Volkes ist eine Herkulesarbeit, aber auch eine Notwendigkeit, die namentlich in solchen Krisenzeiten gebilligt werden muß.

Der Bundesausschuß des ADGB. zum 1. Mai

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 19. April folgenden Beschluß gefaßt:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.

Der Bundesausschuß erinnert in diesem Zusammenhang die Regierung und die gesamte Öffentlichkeit erneut an die Notlage der arbeitslosen Massen und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden ohne Verdienstschmälerung für die Arbeiter baldigst durchführen möge.

Ebenso dringlich ist es, daß die Bemühungen der Regierung um Arbeitsbeschaffung und Siedlung mit allem Nachdruck weiter gefördert werden. Die Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, diese Bemühungen mit allen Kräften zu unterstützen.

Das Steingrabmal

Eine wirtschaftspolitische Betrachtung.

I.

Arbeitsbeschaffung ist gegenwärtig die allgemeine Losung, um die gewaltige Zahl der Arbeitslosen zu vermindern. Die meist arbeitslosen Grabsteinmetzen, hauptsächlich die in den Städten, werden sich sagen müssen, daß ihnen durch großzügigste Arbeitsbeschaffung keine Arbeitsmöglichkeiten geboten werden können. Selbst wenn durch direkte Arbeitsbeschaffung indirekt sich vermehrte Arbeitsgelegenheit in anderen Berufen ergibt, so wird sich das für den Grabsteinmetz kaum auswirken können. Denn die allgemeine Krise an sich kann die unverhältnismäßig große Brachlegung der Arbeitskräfte von Grabsteinmetzen in dem Maß, wie sie besteht, nicht allein bewirkt haben. Unanfechtbare amtliche Statistiken beweisen, daß die Zahl der in den letzten Jahren aufgestellten Grabmale die in den Jahren vor dem Kriege erheblich übersteigt. Sie hat mehr zugenommen als die Bevölkerungszahl, wobei noch die Verminderung der Sterblichkeitsziffer beachtet werden muß. Trotzdem aber die große allgemeine Arbeitslosigkeit der Grabsteinmetzen, obwohl einwandfrei feststeht, daß deren Zahl gewaltig abgenommen hat. Maschine, Kunststein und Stil verursachten nur einen Teil dieser Wirkung. Demnach müssen noch andere Ursachen ihre Wirkung ausüben, die die im Verhältnis zur Konjunktur übermäßige Arbeitslosigkeit der Grabsteinmetzen trotz der verhältnismäßig erheblichen Verringerung ihrer Zahl verschulden.

Über diese Ursachen muß man sich durch eigene Anschauung Kenntnis verschaffen, denn kunstgeschichtliche Abhandlungen und Bildwerke über das Grabmal und seine Entwicklung können nur künstlerisch oder historisch gewertet werden; wirtschaftspolitisch geben sie keinerlei Aufschluß. Es sind meist die steinernen Grabmale auf Erbbegräbnisstätten der Feudalen und Patrizier und die des hohen Klerus, die aus früheren Zeiten erhalten blieben und der Forschung die Unterlagen geben konnten. Was aus vorgeschichtlicher Zeit stammt, wurde meist durch Ausgrabungen gefunden; so auch Grabsteine einzelner römischer Soldaten. Über steinerne Grabmale der breiten Volksmassen und die Geschichte ihrer Entwicklung findet sich so wenig wie nichts. Aber hauptsächlich dieser müssen wir Beachtung schenken, weil sie mit dazu beitrug, dem Grabmalgewerbe innerhalb des Steinmetzgewerbes eine Sonderstellung zu geben. Sie ist auch für unsere Betrachtung deswegen mit von ausschlaggebender Bedeutung, weil im Laufe der Jahre mit der Vermehrung der Bevölkerung das steinerne Grabmal in Massen konsumiert wurde. Doch darf die Gesamtentwicklung des Grabmalwesens für alle Bevölkerungsschichten dabei nicht unbeachtet bleiben. Denn die sich im Laufe der Jahre gegen die Vorzeit außerordentlich vermehrende Einrichtung von Erbbegräbnissen und Familienruhestätten hat zum Aufblühen des Grabmalgewerbes beigetragen. Weil die Grabmale, wenn auch teurer, so doch nur eine größere einmalige Ausgabe für Generationen hinaus darstellen, so mußte dieser Vorgang dennoch einen Rückschlag für das Grabmalgewerbe bringen. Es sind dort ja nur noch die Inschriften für die jeweilig Verstorbenen anzubringen. Deswegen wäre selbst ein statistischer Vergleich irreführend, wenn er den prozentualen oder gesamten Aufwand vom Volkseinkommen einzelner Zeitabschnitte für Grabmale wiedergäbe. Klarheit kann uns also nur eigene Anschauung der Entwicklung geben.

Diese Entwicklung steinmetzkritisch zu betrachten, auf die sie zeitlich begleitenden Nebenumstände aufmerksam zu werden und sie in ihrer Beziehung auf Beschäftigungsmöglichkeiten für die Grabsteinmetzen zu prüfen, läßt die Zeit der letzten hundert Jahre zu. Aus dieser Zeit sind noch in manchen Städten Friedhöfe erhalten, auf denen sich die Entwicklung des Grabmals für alle Bevölkerungsschichten lückenlos in den einzelnen Zeitabschnitten verfolgen läßt. Die Grabsteine reden zu dem, der sie versteht, vieles von Beruflichem, von sozialer Schichtung und auch von volkswirtschaftlicher Entwicklung. Wir sehen den Anstieg des Grabmalgewerbes und sein Herabsinken zum reinen Grabmalhandel in den Städten bis aufs flache Land hinaus. Doch wie sich das alles im Laufe der Zeit entwickelte, wird chronologisch durch unsere stummen steinernen Zeugen bewiesen; so auch unsere heutige Arbeitslosigkeit im Grabmalgewerbe. Die alten Friedhöfe zeigen in ihrer Anlage vor hundert Jahren die Einteilung in Gräberfelder (Reihengräber) und bevorzugte Begräbnisstätten, die abgesondert lagen; zu diesen gehörten auch die Ruhestätten längs der Friedhofsmauern. Erst später umrahmte man die Gräberfelder mit sog. Kaufgräbern und mit gemauerten Gruften an den breiten Gehwegen. Bevorzugte Begräbnisstätten nahmen vor hundert Jahren noch nur Feudale, Patrizier, der höhere Klerus und höheres Beamtentum für sich in Anspruch, wie aus den Inschriften und den verschiedenen Emblemen und Wappen, die den Grabmalen organisch als Zierat dienen, hervorgeht. Die Grabmale an sich zeigen unterschiedliche Form, einfach bis reich, oft auch überladen in der Einzelausführung der Entwürfe. An Material vorerst hauptsächlich roter Sandstein, vereinzelt auch grauen und dann auch noch heimischen Marmor. Stilarten finden wir im Lauf der letzten hundert Jahre alle, vom klassisch-griechischen bis zu dem der Nachkriegszeit; Stillosigkeiten sind natürlich nicht ausgeschlossen.

Die Gräberfelder der dreißiger und vierziger Jahre vorigen Jahrhunderts lassen Steinmale vermissen. Anscheinend haben nur Holzkreuze dort gestanden. Vereinzelt sieht man gußeiserne Kreuze in glatt zugearbeiteten Sandsteinsockeln befestigt. In etwas reicherer Form sieht man sie sogar hier und da auf den „besseren" Grabstätten. Das Kreuz aus Gußeisen scheint dann vorwiegend das Grabmal der Kleinbürger zu werden. In der weiteren Zukunft, Ende der vierziger bis in die siebziger Jahre vor. Jahrh. kann man das langsame Emporblühen des Kleinbürgertums an der Ausgestaltung seiner Grabmale beobachten. Mehr und mehr sieht man in den Gräberfeldern Steinmale der Bürger. Die Grabmale werden reicher in der Ausgestaltung, das freistehende Steinkreuz auf profiliertem Sockel oder Postament taucht auf. Auch die andersgestalteten Grabmale sind meist schöne Formen, oft mit künstlerischem Schmuck; an allen reichlich Arbeit für den Steinmetzen. Vorwiegend wird noch der rote Sandstein verwendet. Die Entwürfe für die Gestaltung dieser Grabsteine stammen noch von den alten Steinmetzmeistern. Es liegt viel Persönliches in diesen Entwürfen, und man kann im einzelnen Unterschiede persönlicher Eigenart leicht herausfinden. Für die Grabsteinmetzen damaliger Zeit, in der die Stadt kaum 1/3 ihrer heutigen Einwohnerzahl hatte, war viel mehr Arbeitsgelegenheit vorhanden als heute, die die Gesamtzahl unserer Steinmetzkollegen am Ort notwendig hätte, um vollbeschäftigt zu sein. Denn nicht allein für die Gräberfelder, sondern auch für die besonders angelegten Begräbnisstätten wurden die Grabmale am Ort angefertigt.

Das gußeiserne Kreuz war in dieser Zeit zum Grabmal der minderbemittelten Bevölkerungsschicht geworden. Doch man scheint sich schon von da ab mit steinernen Grabmalen in bezug auf die Höhe der Beschaffungskosten dem Geldbeutel des kleinen Mannes angepaßt zu haben. Denn man findet kleine, sehr einfache, unscheinbare Grabmale, die nur wenig Herstellung und wenig an Material kosteten. Doch war es immerhin noch Steinmetzarbeit, wenn auch einfache Kleingebilde. Als Vorbild dienten dazu noch die Grabmale der besseren Stände. Es wird dieses hier besonders hervorgehoben, weil wir sehen müssen, daß in späteren Jahren das Verhältnis gewissermaßen umgekehrt wird, indem Form und Bearbeitungsweise des Grabmals des kleinen Mannes den „besseren" Grabmalen die Norm gibt.

(Mehrere Fortsetzungen folgen.)

Eine beachtliche Mahnung an die Arbeitgeber

Im „Würzburger General-Anzeiger" vom 18. April lesen wir nachstehende Veröffentlichung des dortigen Sonderkommissars zur Entlohnung von Arbeitern und Angestellten:

„Durch den Sonderkommissar für Gewerkschaftsfragen wurde festgestellt, daß in vielen Fällen die Entlohnung der Arbeiter und Angestellten nicht nach den durch die Tarifverträge garantierten Mindestsätzen erfolgt. Diese Tariflöhne, die schon an sich nur ein Existenzminimum gewähren, dürfen in einem Staat der Ordnung und sozialen Gerechtigkeit nicht unterboten und durch hinterhältige Maßnahmen durchbrochen werden. der wirtschaftlich Stärkere hat kein Recht, den Arbeitnehmer in einer Weise zu knebeln, die jeder Beschreibung spottet. Der arbeitswillige Deutsche hat nicht nur ein Recht auf Arbeit, sondern er hat auch ein Recht auf anständige Entlohnung. Wir verlangen deshalb, daß mit Beginn der neuen Lohnwoche und im laufenden Gehaltsmonat die im Tarifvertrag festgesetzten Löhne mindestens gezahlt werden. Wir behalten uns vor, den Tarifbrechern gegenüber noch weitere Schritte zu unternehmen und werden uns nicht scheuen, die seit 5. März d. J. zu wenig gezahlten Beträge nachzuverlangen. Sollte sich irgendeine Firma weigern, die tariflich festgelegten Löhne zu zahlen oder in irgendeiner Weise versuchen, die Tariflöhne zu umgehen oder auf Grund dieser Maßnahmen Entlassungen vorzunehmen, so werden wir zur Selbsthilfe greifen und mit einer Schärfe vorgehen, die ihresgleichen sucht. Es lebe die deutsche Arbeit und der deutsche Arbeiter!"

Die Bauunternehmer protestieren gegen die Preispolitik des Zementsyndikate

Die nachstehenden Ausführungen sind eine Ergänzung unseres Artikels „Zement" in Nr. 15 des „Steinarbeiter"; denn in jeder Betriebskostenrechnung der Bauunternehmer und der Hausbaueigentümer bilden bekanntlich die Baustoffe einen wichtigen Posten. Obwohl deren Erzeugung stark rationalisiert, durch Krise aber um rund 30 Prozent gegenüber 1931 gesunken ist, sind die Preise noch immer viel höher als vor dem Kriege. Schuld ist vor allem die Kartellpolitik der Baustoffindustrie, die auf dem Gebiete des Zements ein klassisches Vorbild liefert. In Übereinstimmung mit der Aufhebung der Kampfpreise im Gebiete des Süddeutschen Zementverbandes und den damit verbundenen Preiserhöhungen hat auch der Westdeutsche Zementverband mit Wirkung vom 25. März ab eine „Neuregelung" seiner Preise vorgenommen. Die Plötzlichkeit dieser Zementverteuerung hat die Pläne der Bauunternehmer erheblich gestört. Während sich bisher nur die Gewerkschaften um die Widersinnigkeit und Volksfeindlichkeit der Zementkartellpolitik kümmerten, haben sich nun aber auch die Bauunternehmer einmal gegen den Preiswucher des Zementsyndikats zur Wehr gesetzt. Die im Rheinland bestehenden Bau-Arbeitgeberverbände forderten in einem Telegramm an den Reichswirtschaftsminister ein sofortiges Eingreifen gegen die Syndikatsmaßnahmen. Zur Begründung wird weiter angeführt:

„Die Wiederingangsetzung der Bauwirtschaft als einer der wesentlichsten Faktoren unserer Binnenwirtschaft ist bei der heutigen Wirtschaftslage eine wichtige Voraussetzung für die Gesundung. Alle Maßnahmen, die diesem Zwecke dienen, liegen daher nicht nur im bauwirtschaftlichen, sondern im allgemeinen Interesse. Gänzlich unverständlich ist es aber, wenn ein an der Bauwirtschaft selbst interessierter Produktionszweig, wie die Zementindustrie, durch eigne Maßnahmen die stetige Entwicklung des Baumarktes gefährdet.

Die Preispolitik der Zementindustrie war in der Nachkriegszeit im Westen beherrscht durch das Zementsyndikat, den Westdeutschen Zementverband. Die Änderungen, die die Zementpreise gerade in jüngster Zeit verschiedentlich erfahren haben, sind sehr eigenartig. Eine ähnliche Vergleichsbasis dürfte im übrigen Wirtschaftsleben nicht vorhanden sein.

Im zweiten Halbjahr 1932 betrug der Preis für 10 t Portlandzement frei Köln 342 Mark. Als das Syndikat sich dann vorübergehend auflöste, bzw. als es die Preise freigab, existierte für die Zeit bis zum 18. Februar 1933 ein Kampfpreis von 294,— Mark. Kaum waren die Syndikatsbestrebungen wieder einigermaßen konsolidiert, da wurde auch der Preis wieder auf 364 Mark am 18. Februar erhöht. Bereits am 25. März, als durch die Presse die Meldung über den endgültigen Zusammenschluß des Westdeutschen Zementsyndikats ging, wurde mit sofortiger Wirkung der Preis auf 406 Mark in die Höhe gesetzt. Es mag dahingestellt bleiben, ob der Kampfpreis anfangs des Jahres mit 204 Mark als ausreichend angesehen werden kann. Man hätte auch im Baugewerbe eine Erhöhung dieses Preises auf angemessener Grundlage hingenommen. Muß es aber schon unverständlich sein, warum der Preis von 364 Mark um 7 Prozent über dem Preise des Jahres 1932 liegen sollte, so ist doch bestimmt kein Grund zu erkennen, der die abermalige Erhöhung um weitere 40 Mark auch nur einigermaßen hätte rechtfertigen können. Die darin zum Ausdruck kommende Preissteigerung für einen unserer wichtigsten Baustoffe tritt erst recht in die Erscheinung, wenn man berücksichtigt, daß jeweils in den genannten Preisen auch die Frachtsätze mit enthalten sind, die sich während der ganzen Zeit überhaupt nicht verändert haben.

Um noch ein klareres Bild über die tatsächliche Steigerung zu gewinnen, müssen die Preise, wie sie ab Werk verlangt werden, in Vergleich gezogen werden. Dann ergibt sich für die Zeit vom 11. Januar 1933 an ein Preis von 220 Mark, vom 18. Februar 290 Mark und vom 25. März 332 Mark. Das bedeutet, daß das Zementsyndikat die Preise in rund zwei Monaten um rund fünfzig Prozent erhöht hat.

Eine solche Preispolitik ist für die Entwicklung des Baumarktes sehr bedenklich. Sie beeinträchtigt auch das auszuführende Gewerbe außerordentlich. Bekanntlich müssen gerade im Baugewerbe meist die Angebote mit längerer Frist abgegeben werden. Wer hat denn voraussehen können, daß sofort nach der Neubildung des Zementsyndikats der Bauwirtschaft Preissteigerungen zugemutet würden, die angesichts des heutigen Standes und der heutigen Tendenzen im Wirtschaftsleben nicht nur praktisch untragbar, sondern auch unverständlich sind. Bei der Beibehaltung einer solchen Zementpreiserhöhung wird einerseits der größte Teil der laufenden Angebote im Baugewerbe der wirtschaftlich für das Gewerbe tragbaren Grundlage beraubt, da diese Verteuerung nicht einberechnet werden konnte. Andererseits ist aber auch die Höhe der Zementpreise nicht vertretbar. Die Preise liegen wieder auf der Höhe von Ende 1930. ... Bei dieser Sachlage kommt man bedauerlicherweise zu der Meinung, daß die neue Preispolitik nicht nur einen Ausgleich für die kurze Zeit der Kampfpreise bilden, sondern darüber hinaus auch noch die bei den Streitigkeiten der Zementindustrie unter sich entstandenen Verluste decken soll, wozu besonders die Entschädigungen an Außenseiter gehören. Man wird es begreiflich finden, daß das Baugewerbe für solche Bestrebungen kein Verständnis bei seiner außerordentlichen Notlage aufbringen kann, sondern daß es sich in Wahrung berechtigter Interessen veranlaßt sieht, gegen diese Preispolitik schärfstens Einspruch zu erheben."

*

Die Bauarbeiter aller Erwerbsgruppen sowie die Allgemeinheit würden es sicherlich sehr begrüßen, wenn der wirtschaftshemmenden, die Arbeitslosigkeit steigernden zementkapitalistischen Kartellpolitik baldigst eine entschiedene Grenze gezogen wird.

Vorläufige und Dauerrenten in der Unfallversicherung

Die Unfallversicherung kennt nur eine Gattung von Renten, nämlich die Unfallrente. Ihrem Wesen nach unterscheidet man zwei Arten von Unfallrenten, eine vorläufige Rente und eine sogenannte Dauerrente. Wie schon der Name sagt, wird die vorläufige Rente dann gewährt, wenn und solange der Grad der Erwerbsminderung bei einem Unfallverletzten noch nicht endgültig feststeht. Zwischen beiden Renten bestehen in mancherlei Beziehung rechtliche Unterschiede. Es sei auf dieselben in den folgenden Zeilen einmal kurz eingegangen. Die grundsätzlichen Bestimmungen enthält der § 1585 der RVO. Es heißt da: „Kann die Rente eines Verletzten ihrer Höhe nach noch nicht als Dauerrente festgestellt werden, so ist der Versicherungsträger berechtigt, während der ersten zwei Jahre nach dem Unfall vorläufig eine Entschädigung festzustellen und nach Änderung der Verhältnisse zu ändern. In dem Rentenbescheid ist zu bemerken, daß es sich um eine vorläufige Rente handelt. Spätestens mit Ablauf von 2 Jahren nach dem Unfall ist die Dauerrente festzustellen. Diese Feststellung setzt eine Änderung der Verhältnisse nicht voraus, auch ist für sie die vorher getroffene Feststellung der Grundlagen für die Rentenberechnung nicht bindend." Was besagt nun diese Bestimmung?

Die Genossenschaft ist berechtigt, in der ersten Zeit nach dem Unfall eine vorläufige Entschädigung zu gewähren. Es ist dies dann der Fall, wenn die Höhe der Dauerrente noch nicht endgültig festgesetzt werden kann. Diese vorläufige Rente kann ohne irgendwelche Bindung der Berufsgenossenschaft hinsichtlich der Art und des Umfanges der Unfallfolgen festgestellt werden. In ihrem Rentenbescheid muß die Genossenschaft angeben, daß es sich nur um eine vorläufige Entschädigung handelt. Sehr wichtig ist nun, daß diese vorläufige Rente jederzeit durch den Versicherungsträger abgeändert werden kann. Die Änderung kann nach oben oder auch nach unten erfolgen. Die Änderung ist jedoch nur dann berechtigt, wenn sich die Voraussetzungen, die zur Rentenzahlung geführt haben, geändert haben. Eine solche Änderung liegt meist dann vor, wenn sich die Folgen des Unfalles verringert haben. So wird eine Änderung dann anzunehmen sein, wenn sich durch die von der Genossenschaft gewährte Heilbehandlung der Zustand des Versicherten gebessert hat. Es sind über diese Frage eine Reihe von Entscheidungen der Versicherungsbehörden gefällt, auf die hier jedoch nicht näher eingegangen werden kann. Wie es im Gesetz heißt, ist spätestens mit Ablauf von 2 Jahren nach dem Unfall die sogenannte Dauerrente festzustellen und auch zu gewähren. Diese Dauerrente wird nun nicht etwa lebenslänglich gewährt, sie kann auch abgeändert werden. Es ist dies allerdings nur unter gewissen Voraussetzungen möglich. Im allgemeinen wird die Dauerrente nur dann verändert, wenn eine wesentliche Änderung in den Verhältnissen des Versicherten eingetreten ist. Die Umwandlung der vorläufigen Rente in eine Dauerrente tritt nicht automatisch ein. Sie bedarf eines besonderen Bescheides der Berufsgenossenschaft. Regelmäßig wird dabei auch eine nochmalige ärztliche Untersuchung des Verletzten stattfinden. Bei der neuen Rentenfestsetzung können nicht nur die Höhe der Erwerbsunfähigkeit des Versicherten berücksichtigt werden, es kann vielmehr auch der Jahresarbeitsverdienst, der zur Berechnung der Rente dient, neu festgesetzt werden. Es können bei der Festsetzung der Dauerrente sämtliche Grundlagen der Rentenberechnung einer Nachprüfung unterzogen werden. Die Grundlagen des Rentenanspruches überhaupt können jedoch nun nicht mehr verneint werden. Hat die Genossenschaft beispielsweise durch die Zahlung der vorläufigen Rente das Vorliegen eines Unfalles anerkannt, so kann sie bei der Fortsetzung der Dauerrente den Unfall nicht abstreiten. Gleichfalls kann dann nicht mehr nachgeprüft werden, ob der Verletzte überhaupt zu den versicherten Personen gehört, welcher Versicherungsträger zuständig ist usw.

Wie ein Berufsfremder die Steinhauerei beschreibt

In dem Beiblatt „Zur Unterhaltung und Belehrung" einer westdeutschen Tageszeitung lasen wir kürzlich folgendes:

„Die natürlichsten Dinge des Lebens sind uns so zur selbstverständlichen Gewohnheit geworden, daß wir keinen Gedanken mehr an sie verschwenden.

Wenn Sie aus dem Hause treten, auf das Pflaster des Bürgersteiges, wie sollten Sie da ahnen, daß Sie auf Gold gehen? — Das Gold liegt auf der Straße!

Nun, der Begriff „Gold" ist hier nur im übertragenen Sinne zu verstehen. Aber um es gleich zu sagen, eine gepflasterte Straße, und sei sie noch so kurz, kostet eine Stange Gold ...

Ursprungsländer für unser Straßenpflaster sind Sachsen, Schlesien und Schweden. Der schwedische Granit zeichnet sich durch besondere Härte aus, doch steht der deutsche ihm in der Qualität keinesfalls nach.

Begleiten wir den Stein zurück zum Mutterfelsen, aus dem er gebrochen ist, so tut sich uns eine fremdartige Welt auf. Der Steinbruch der Neuzeit steht im Zeichen der fortschrittlichen Technik. Maschinen knirschen, krachen, drehen und fräsen. Die ragenden Krane mit ihren Drahtseilen und Auslegern gleichen riesigen Spinnen. In der Höhe der Felswände sind die Steinbrecher damit beschäftigt, durch Bohren, Keilen und Treiben das Gestein vom Felsen zu lösen. Plötzlich ertönt ein warnender Ruf: Achtung! Jeder Mann flüchtet eilends zur Seite. Ein donnerähnlicher Krach erschüttert die Luft. Ein „Brocken" von mächtigen Ausmaßen poltert über die Felstreppe herab und bleibt in der Tiefe des Steinbruchs liegen. Bald sind die geschäftigen Hände der Steinhauer dabei, den Stein zu zerkleinern, Blöcke nach gewünschten Maßen herauszuarbeiten. Die Zurichtung der Steine erfolgt in den Bauhütten. Mit Hebeln und Walzen werden die Blöcke in die Hütten gebracht und hier auf die niederen Steine, die Werkbänke, „aufgebänkt".

Zwischen Steinhauer und Bildhauer besteht eine nahe Verwandtschaft, ist doch der Bildhauer im Grunde nur ein veredelter Steinhauer. Die Stammbäume alter Steinbruchbesitzerfamilien und Baumeistersippen, deren lebende Glieder längst technisch-wissenschaftliche Bildung besitzen, lassen sich in den meisten Fällen auf einen einfachen Steinhauer als Familiengründer zurückführen. Der Steinhauer von heute ist noch derselbe wie vor Jahrhunderten, er vergißt sein altes Handwerk nicht. Sein steinerner Stolz ist aus dem Stein heraus geboren.

Ruhe, Bedächtigkeit und Gewichtigkeit zeichnen den Steinhauer besonders aus. In den Hütten geht es ruhig und gesittet zu. Der Knüpfel schallt, der Stein spritzt; in ihren blauen Schürzen sitzen die Steinhauer auf ihrem einbeinigen Hüttenstuhl, leicht erkenntlich an dem gesträubten, verwilderten Schnurrbart, der ihren besten Schutz gegen den gefährlichen Steinstaub bildet. Oft hängen richtige „Schroppen", kleine Steinstücke, in dem borstigen Bart. Selbst das andauernde Anfeuchten des Steines während der Bearbeitung kann das Einatmen des Steinstaubes nicht völlig verhindern. Es ist statistisch erwiesen, daß die Steinhauer durchschnittlich nur 33 bis 38 Jahre alt werden. Nach einer Arbeitszeit von 14 bis 15 Jahren erliegen sie ihrer Berufskrankheit, der Lungenschwindsucht.

Aus dieser Schicksalshaftigkeit ist die Lebens- und beständige Festeslust der Steinmetzen zu erklären. Ihre Musikfreudigkeit hat jedoch einen anderen Grund. Wie eine Symphonie klingen die verschiedenen Handwerkszeuge beim Aufschlag auf das Gestein. Auf den Tuffsteinplatten ruft das Metall einen glockenähnlichen Klang hervor. Wie von selbst mag sich das tonkünstlerische Gehör der Steinhauer im Laufe der Zeiten gebildet haben.

Tod und Lebenslust, Handwerksstolz und musikalischer Frohsinn — wer denkt an den Stein im Fels, wenn er auf der Straße über das Pflaster schreitet? Seine Füße treten auf Gold, das geprägt ist in der Mühe vieler Arbeitsstunden."

Die Steinbearbeitung in Deutschland

Redaktion: Siehe auch „Steinarbeiter" Nr. 16.

Der Betrieb eines Steinbruchs erforderte eine Einrichtung, die sowohl auf die Gewinnung als auf die Fortschaffung des Materials sich bezieht. Das Vorbild dafür lieferte die römische lapicidina (Steingewinnung), natürliche Vermittler und Lehrer waren die italienischen und südgallischen, zu einem Steinbau berufenen Maurer oder Steinmetzen, soweit nicht für die frühgeschichtliche germanische Zeit in den unter römischer Herrschaft stehenden Gegenden schon heimische Kräfte für eine geordnete Steingewinnung herangebildet waren. Die erste Arbeit galt der Aufsuchung eines der Baustätte möglichst nahe gelegenen Steinlagers, über der Erde als Berg oder unter ihr in einer Grube, die aber zutage liegt. Für diese Örtlichkeit wird althochdeutsch die Bezeichnung steingruoba, angelsächsisch stân-hywet überliefert, die Arbeit darin, das Trennen und Ablösen des einzelnen Steines von seiner Masse wird technisch als althochdeutsch brechan, altsächsisch und angelsächsisch brecan bezeichnet, und danach führt der Arbeiter den Namen steinbrechâri, auch steinbrukil, während die Bezeichnung seiner Tätigkeit, steinbruch, erst später auch auf die Örtlichkeit ausgedehnt erscheint.

Werkzeuge braucht er sowohl für dieses Brechen als für das Ausheben des gebrochenen Steines, von ersterer Art ist stein-brukil überliefert, ein Wort, das, wie erwähnt, zugleich den Werkmann selbst bezeichnet; bei der Dürftigkeit der Nachrichten über den Betrieb von Steinbrüchen entgehen uns für diesen Zeitraum die anderer Geräte, die notwendig gebraucht worden sein müssen, namentlich der Keile, Hämmer und Schlägel. Zum Herauswinden der Steine aus der Grube, besonders der großen Steinblöcke, kann kein anderes Hebezeug in Anwendung gebracht sein als das mit Seil und Rolle oder Laufrad, wie wir es auf mittelalterlichen Bildern bei großen Bauten zum Hochwinden der Steine abgebildet sehen; zur Fortbewegung auf ebenem Boden dienen Hebebäume und Rundhölzer, für welche die Namen freilich erst aus späterer Zeit überliefert werden. Doch dürfen wir voraussetzen, daß sie alt sind und Zeugnis auch für frühere Zeiten ablegen. Ebenso können wir aus dem jünger bezeugten Namen steinhütte für Steinbruch auf einen von jeher vorhandenen Hüttenraum bei dem Arbeitsfelde schließen, in welchem die technischen Arbeiter sich versammelten, die Arbeitsanweisung empfingen, in den Pausen ruhten und ihr Mahl verzehrten, und in welchem auch die Werkzeuge aufbewahrt wurden, wie dies alles auf lange hinaus ohne wesentliche Änderung fortgedauert hat und zum Teil heute noch fortdauert. Zu Werkleuten wurden zu geistlichen Bauten auch mönchische Kräfte herangezogen, die sich nach der Ordensregel vor keiner noch so schweren Arbeit scheuen durften; die weltlichen Arbeiter verharrten durch das ganze Mittelalter und später in der untergeordneten Stellung der bloßen Zubereiter für Maurer und Steinmetzen, deren Fertigkeit wohl Lehrlingen beigebracht werden, nie aber, wie beim eigentlichen Handwerk, zur Meisterschaft führen konnte. Steinbruchmeister gab es damals nicht. Das Transportieren der gebrochenen Steine vom Steinbruch zum Bauplatze wurde von Tagelöhnern, männlichen wie weiblichen, und von Fuhrwerk besorgt.

Die Weistümer, die Steinbrüche, Sand- und Lehmgruben erwähnen, datieren aus dem sechzehnten Jahrhundert. Sie weisen sämtlich auf Gemeinde- oder Herrschaftsbesitz in den Dörfern.

Das Dorf Höflein an der Donau im Jahre 1512 hatte zwei „kling" (eigentlich klingender, rauschender Bergbach, dann die von ihm gegrabene Schlucht, ausgeschüttete Sandbank. Hier vermutlich ein natürlicher Ablagerungsplatz von großen Steinblöcken und Steingeröll). Aus der einen „ob des dorfs ... sal niemand nichts weg tragen" bei Strafe von zwölf Pfennigen; „der andere kling liegt unterhalb des dorfs und so ainer stain darauf thut, die sol er nicht verkaufen, sondern si selber anpawn in dem aigen". Läßt einer zusammengetragene Steine „über den Sten tag ligen und das ir der nachparn ainer bedörft, der mag sie anhaim füren und sich mit dem umb seine müe vertragen". Außerdem werden noch „zwai stainbruch" erwähnt, „daraus mag ain jeder hausgesessener soviel er bedarf zu seinem aigen pau prechen und verpauwen lassen ... wolt aber ainer stain prechen und die verkaufen, sol er der herrschaft ain swaigkäs (Almkäse), der 32 Pfennig wohl wert sei, geben, auch alle feiernächt und sambstag den weg vor dem pruch raumen". Im Jahre 1540 wird sodann der Amtmann von Klosterneuburg, zu dessen Herrschaft das Dorf Höflein gehörte, angewiesen, er „soll die stainprüch niderhalb Gräfenstein auf des gotshaus grunten in verbaltung haben, das er niemands ân vorwissen des herrn prelaten stain prechen lass, davonn soll er gewondlichen zins wie auf ander herrn grünten brauch ist eintragen". Wenn also auch die Steinbrüche grundherrschaftliches Eigentum waren, so empfingen die Bauern daraus ihren Eigenbedarf unentgeltlich, und nur der Verkauf nach auswärts erforderte eine Abgabe und Freihaltung des Zugangs zum Bruch.

Faschismus und Konsumgenossenschaften

Die faschistische Regierung in Italien ist genossenschaftlich positiv eingestellt. Mussolini selbst hat den Genossenschaften besondere Förderung zugesagt. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" Nr. 14 zitiert eine Rede an Genossenschafter. Danach erklärte Mussolini u. a.: „Die mir vorgelegten Zahlen stellen die Bedeutung der Konsumgenossenschaften fest, deren Tätigkeit in diesen Zeiten der teuren Lebenshaltung einen großen Wert hat. Dies ist um so wahrer, als einer täuschenden Erhöhung der Löhne eine tatsächliche Herabsetzung der Kosten der Lebenshaltung vorzuziehen ist. Die Erhöhung der Löhne schafft einen Kreis, durch welchen die Verteuerung der Lebenshaltung entsteht. Man muß das Problem auf indirektem Wege lösen, und zwar: 1. durch Erhöhung der Mengen der für die Allgemeinheit verfügbaren Güter; 2. durch Ausschaltung der Vermittler, indem man die Produzenten mit den Verbrauchern in direkte Verbindung setzt. Durch Verwirklichung dieser Voraussetzung werden die Preise zum tatsächlichen Vorteil der Verbraucher herabgesetzt. Als Führer der Regierung und des Faschismus erkläre ich, daß eine so gemeinte Genossenschaft nicht allein das Recht hat, im Rahmen des korporativistischen Staates zu existieren, sondern auch imstande ist, eine sehr nützliche Aufgabe zu erfüllen."

Kürzlich waren Vertreter des italienischen Nationalverbandes der faschistischen Konsumgenossenschaften in Hamburg und haben die Einrichtungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der GEG. studiert. Sie haben sich sehr lobend über das Gesehene ausgesprochen. In einem Briefe an den Zentralverband heißt es u. a.: „Es wäre eine Überheblichkeit von unserer Seite, ein Urteil über Ihre wunderbare Organisation aussprechen zu wollen. Wir können Ihnen versichern, daß wir außer der großen Arbeitsfreudigkeit, der Ordnung und der Disziplin, die in jeder von uns besuchten Abteilung herrschten, auch den großen Einheitsgedanken bewundert haben, der nicht nur die Theorie, sondern auch die Praxis Ihrer Verwirklichungen beherrscht. Diesem Einheitsgedanken und der zähen Ausdauer verdanken Sie ohne Zweifel Ihre Erfolge und Ihre große gegenwärtige Macht ... Wollen Sie daher, werte Genossenschafter, noch einmal unsern wärmsten Dank entgegennehmen und mit diesem auch unsere genossenschaftlichen Grüße."

Diese Anerkennung der deutschen konsumgenossenschaftlichen Arbeit ist beachtenswert.

Aus den Zahlstellen

Striegau-Häslicht. Nachdem nun der Zusammenschluß der beiden Zahlstellen Striegau und Häslicht durch Urabstimmung im Februar mit übergroßer Mehrheit beschlossen worden ist, fand eine Delegiertenkonferenz statt, die gleichzeitig die Jahreshauptversammlung war, um über die geschäftlich notwendig gewordenen Maßnahmen zu beraten. Der Gauleiter, Kollege Senft, war anwesend. Einleitend berichtete Kollege Wagner über die vorgenommene Urabstimmung über die nun zu erfolgende Bezirkszahlstellenbildung. Das neue Bezirksstatut, von beider Vorständen durchberaten, lag den Delegierten zur Beschlußfassung vor und wurde mit wenigen Änderungen angenommen. Die Drucklegung erfolgt umgehend, damit jedes Mitglied im Bezirk ein Exemplar zur Hand hat. Die Wahl des Funktionärapparates ging reibungslos vonstatten. Da sich nun die neue Zahlstelle geographisch auf einen größeren Gebietskreis erstreckt, wurde bei der Wahl darauf Bezug genommen, daß jeder einzelne Gebietsteil nach seiner Stärke im Vorstand vertreten ist. Als 1. Vorsitzender der Zahlstelle wurde der Kollege Fritz Wagner gewählt. Unser langjähriger Zahlstellenvorsitzender, Kollege Gustav Müller, lehnte eine Wiederwahl aus gesundheitlichen Gründen ab. Der Gauleiter sowie alle Delegierten des Bezirks wünschen, daß sich der Gesundheitszustand des Kollegen Müller baldmöglichst wieder bessert, damit seine wertvolle Kraft dem Verbande recht bald wieder nutzbar wird. Zum 2. Vorsitzenden und Kassierer wurde Kollege Fritz Prenzel (Häslicht) gewählt. 1. Schriftführer wurde der Kollege Alfred Blümel (Striegau), 2. der Kollege Gustav Streckenbach (Häslicht). Die neuen Revisoren sind die Kollegen Martin Lissel (Gräben), Hermann Hartmann (Häslicht) und Alois Gorld (Großrosen). Den erweiterten Vorstand bilden die Kollegen Heinrich Rösler (Gräben), Hermann Scholz (Striegau), Oswald Weise (Häslicht), Otto Vogt (Bohrau-Seifersdorf), Richard Walter (Girlachsdorf) und Richard Hoffmann (Jauer). — Sämtliche Kommissionen sind ebenfalls so zusammengesetzt, um der gesamten Mitgliedschaft Rechnung zu tragen. — Zum Verbandstag wurden die Kandidaten vorgeschlagen. Weiteren Beratungsstoff veranlaßten die bevorstehenden Betriebsratswahlen. Hierzu nahm Kollege Richard Walter, der an der Betriebsrätetagung in Berlin teilgenommen hat, Gelegenheit, wichtige Fingerzeige zu geben.

*

Dortmund. Eine Konferenz der Zahlstellen des Ruhrsandsteingebietes befaßte sich mit den Betriebsratswahlen, dem Verbandstag und mit den Lohnverhältnissen in den einzelnen Betrieben. Zu den Betriebsratswahlen wurde beschlossen, nach den Richtlinien der Spitzenverbände zu verfahren und in allen Betrieben eigene Listen aufzustellen. Zur Stellungnahme zum Verbandstage gingen die Delegierten auch näher auf die Anträge des Verbandsvorstandes ein. Wenn auch die Anregungen des Verbandsvorstandes die Gegenleistungen des Verbandes den Leistungen der Mitglieder anzupassen, volles Verständnis fanden, so war man doch der Meinung, daß in den Vorschlägen doch noch Härten enthalten seien, die noch gemildert werden könnten. Ein diesbezüglicher Antrag soll dem Verbandstag übermittelt werden. Als Delegierter zum Verbandstag wurde der Kollege Malek-Schüren vorgeschlagen. Der Bericht der Bezirksleitung über die Lohnverhältnisse in den Ruhrsandsteinbrüchen führte zu einer längeren Aussprache. Durch das Absinken des Beschäftigungsgrades während der Krisenjahre ging die Belegschaftsziffer im vergangenen Jahre bis auf 15 v. H. zurück. Abgesehen von den stilliegenden Betrieben hatten fast alle anderen Betriebe nur kurzfristige Beschäftigungen. Um nun die ungünstige Wirtschaftslage zu einer erheblichen Senkung der Löhne ausnutzen zu können, löste sich der Verband der Steinbruchbesitzer an der Ruhr auf. Durch dieses Vorgehen des Verbandes der Arbeitgeber verharren wir seit 1. Juni vorigen Jahres in einem tariflosen Zustand, wodurch die frühere tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Steinarbeiterschaft dahin ist und die Arbeiterschaft der Willkür des Unternehmertums ausgeliefert ist. Die Bemühungen der Verbandsleitung, mit den einzelnen Bruchbesitzern zu einer neuen tariflichen Regelung zu gelangen, führten nur in einem einzigen Fall zu einem Ergebnis. Leider gelang es dem Unternehmertum, in den Betrieben, wo die Geschlossenheit der Arbeiterschaft nicht vorhanden war, einen unerträglichen Lohnabbau durchzuführen. Um diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen, ist es ein dringendes Gebot der Stunde, die gewerkschaftliche Organisation auszubauen, um wieder zu geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gelangen. Deshalb, Kollegen, stärkt die gewerkschaftliche Front und werdet Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands und kämpft mit in den Reihen der organisierten Berufsangehörigen für eine bessere Zukunft.

*

Osnabrück. Eine Bezirkskonferenz vor einigen Wochen in Osnabrück wurde um 10 Uhr vom Bezirksleiter, Kollegen Droll, eröffnet. Erschienen waren 25 Delegierte einschließlich des Bezirksvorstandes. Vom Zentralverband war Kollege Winckler anwesend. Als Leiter der Konferenz wurden die Kollegen O. Paetsch und Fritz Meyer bestimmt. Der Bericht des Bezirksleiters vom Jahre 1931 und 1932 lag den Delegiert gedruckt vor und wurde noch durch Erläuterungen ergänzt. Die Krisis ist auch im Bereich des Bezirkes nicht spurlos vorübergegangen. Die Arbeitslosigkeit ist in den Städten und auf dem Lande erschreckend groß. Die Kollegen des Steinsetz- und Steinmetzgewerbes in den Städten sind teilweise schon jahrelang arbeitslos, und die Steinbrüche liegen still, oder nur ein Bruchteil der früher tätigen Steinbruchkollegen ist in Arbeit. Dieses hat sich auf den Mitgliederbestand ausgewirkt. In den Zahlstellen Hiddesen, Minden, Osnabrück und Versmold konnte die Mitgliederzahl wie Ende 1930 gehalten werden. Der Gesamtrückgang liegt sonst jedoch unter dem Durchschnitt des Mitgliederverlustes im ganzen Verbandsgebiet und beträgt in den beiden Jahren 15%. Aus der Tätigkeit des Bezirksleiters war zu ersehen, daß er im Jahre 1931 29 Fälle vor Arbeitsgerichten vertreten mußte und 2160,40 RM. Nachzahlungen erreichte. Im Jahre 1932 74 Fälle und 913,30 RM. Nachzahlung. Im Jahre 1931 19 Fälle vor Spruchausschüssen mit 364 RM. Nachzahlung, 1932 jedoch 97 Fälle und 1849,26 RM. Nachzahlung. Die laufenden erhöhten Unterstützungen, die dadurch festgelegt wurden, betragen mehrere tausend Mark. Vor Oberversicherungsämtern 1931 14 Fälle mit 2460 RM. Nachzahlung. 1932 12 Fälle mit 2419 RM. Nachzahlung. Renten wurden erstritten im Jahre 1931 5566 RM. Jahresrenten und 1932 3984 RM. In 7 Fällen schwebt das Rentenverfahren noch. In Versammlungen, Verhandlungen, Sitzungen usw. war der Bezirksleiter 1931 in 271 Fällen und im Jahre 1932 in 224 Fällen anwesend. Der Postausgang betrug 1931 1415 Sendungen, 1932 1656 Sendungen. Während im 1. Quartal 1931 die Einnahmen aus Bezirksbeiträgen die Ausgaben der Bezirkskasse noch deckten, mußte in den andern Quartalen die Zentralleitung mit Zuschüssen eingreifen, da trotz sparsamster Verwaltung die Ausgaben die Einnahmen überstiegen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Nohl (Minden), Brinkmann und Betzing (Bielefeld), Bruns (Osnabrück) sowie der Zentralvorsitzende Kollege Winckler. Der Tätigkeit des Bezirksleiters wurde allseitige Zustimmung ausgesprochen und er einstimmig wiedergewählt. — Kollege Winckler hielt ein Referat über die gegenwärtige Lage. Hervorzuheben wäre dabei hauptsächlich, daß die Gewerkschaften auch in der Krise alles versuchten, um der Not in den Mitgliederkreisen zu steuern. In den letzten beiden Jahren haben die Gewerkschaften einen Betrag von 254 Millionen Mark an Unterstützungen an ihre Mitglieder ausbezahlt. Auch der Steinarbeiterverband habe in dieser Zeit etwa eine Million mehr ausbezahlt, als wie er eingenommen habe. Alles Gerede, wonach die Verbandsbeiträge für Bonzengehälter und ähnliches verwendet würden, sei nur böswillige Verleumdung. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Brinkmann, Bruns, Betzing, Detering und Nohl. — Mit dem Verbandstage befaßten sich mehrere Anträge. Einmütig wurde die Erwartung ausgesprochen, daß den Kollegen, die schon Invalidenunterstützung beziehen, diese nicht entzogen wird, wie in der Vorlage des Zentralvorstandes, die in Nr. 6 des „Steinarbeiter" veröffentlicht wurde, enthalten ist. Den Anträgen, die eingereicht waren, wurde zugestimmt. Diese sollen an die Zentralleitung weitergeleitet werden. Um 16½ Uhr wurde die von kollegialem Geist getragene Konferenz geschlossen.

Das Deutsche Museum

Das Museum der britischen Nation ist ein Museum für Völkerkunde, ein Museum, das dem Besucher die unermeßliche Vielfalt menschlicher Kulturäußerungen auf der Erde zeigt, an Beispielen, die das englische Volk auf seinen Eroberungszügen in die ganze Welt zusammengetragen hat.

Das Deutsche Museum ist ein Museum der Technik. Ein Haus der Wissenschaft. Aber es steht nicht in Berlin, auch im Ruhrgebiet hat es seinen Platz nicht gefunden, sondern in München, einer Stadt, der man neben vielen guten Eigenschaften, die, an der Technik besonders interessiert zu sein, nicht nachsagt. Aber es lebt in ihr ein Mann, der sein Leben in den Dienst der einen Aufgabe gestellt hat, Deutschland, dem Lande der Technik, auch zu einem Museum der Technik zu verhelfen. Dieser Mann, ein Kind des vorigen, technikgläubigen Jahrhunderts, heißt Oskar von Miller. Er, der als der eigentliche Schöpfer des deutschen Museums anzusehen ist, hat wohl auch gewußt, warum er diesem Museum, das ja durchaus nicht auf die Darstellung deutscher Erfindungen und Entdeckungen beschränkt ist, den Namen eines deutschen Museums gab. Denn Deutschland ist, wie wohl kein anderes Land der Welt, ein Land der Technik. Abgeschlossen von den Ländern in Übersee, zusammengepfercht zwischen fremde Nationen, mit denen eine Verständigung schwer wurde, was blieb dem Deutschen übrig, als sich die Kräfte nutzbar zu machen, die in seinem Hirn und seinem Boden ruhten? Er mußte durch Erfindungen nachholen, was durch Eroberungen nicht mehr zu gewinnen war. Am sinnfälligsten wird dieser Zwang zur Technik, dieser Zwang zur Erfindung, auf dem Gebiete der Chemie, wo Deutschland durch den Mangel an natürlichen Hilfsmitteln dazu kam, Farben und Düngemittel auf synthetischem Wege zu produzieren, wodurch der Wert englischen Kolonialbesitzes teilweise in Frage gestellt wurde.

*

Oskar von Miller ist es gewesen, der schon früh erkannte, wie notwendig es ist, die Anfänge der technischen Entwicklung in ersten Beispielen beisammen zu haben als Lehrmaterial für angehende Techniker, als Anschauungsmaterial für das Volk, ehe diese Dinge im Laufe der weiteren Entwicklung in Vergessenheit geraten und verlorengehen. Denn das Deutsche Museum soll nicht sein eine Sammlung toter Gegenstände, die dem Beschauer nichts zu sagen haben, sondern es soll die Menschen in lebendige Beziehung bringen zur Technik. Wissenschaft und Technik sind in diesem Museum nicht trockene Lehre, nüchterne Zahlen und langweilige Tabellen, sondern lebendiges, beispielhaftes Experiment. Hier soll (und kann) jeder die Entdeckungen der Technik, die einmal die Welt aus ihren Angeln hoben, für sich noch einmal machen. Diese Eigenschaft des Museums hat sogar die Münchner, die sonst um jedes Museum einen Bogen machen, für das Deutsche Museum eingenommen. Und so sagte mir denn ein Münchner, dem ich erzählte, daß ich ins Deutsche Museum wolle: So, ins Deutsche Museum wollens. Jo, da is schön. Vor allem, wo man da dran drehen kann. Aber Zeit müssens ham. Viel Zeit. Denn wenns da nur mal son Sprung nei machen wollen, so zwei, drei Stunden, und alles sehen wolln, da müssens nachher laufen, daß die Wärter meinen, Sie hätten was gestolln.

*

Ich hatte mehr Zeit als zwei Stunden und brauchte mich also nicht vor den Wärtern verdächtig machen, aber selbst wenn ich eine Woche Zeit gehabt hätte, ich hätte nicht Gelegenheit gehabt, das Museum in allen Einzelheiten kennenzulernen. Doch muß man nicht alle Einzelheiten dieses großen Museums kennen, um einen Eindruck zu bekommen von der gewaltigen Arbeit, die sich in diesem verhältnismäßig nüchternen Bau repräsentiert.

Ich begann, wie wohl die meisten Besucher des Museums, die nicht zu einer bestimmten Abteilung streben, mit der Besichtigung der Erdbebenstation. Es gibt keinen wirkungsvolleren Beginn als diesen. Denn hatte ich Minuten zuvor im Anblick des großen Betonbaues noch geglaubt, mit beiden Füßen auf festem Boden zu stehen, hier bewies mir ein einziger Blick auf einen Seismographen, daß wir alle auf der dünnen Haut eines Organismus leben, der durch eine einzige unvorhergesehene Bewegung uns und unsere für „die Ewigkeit" gebauten Werke umwerfen und vernichten kann. Unsicher gemacht durch das Zittern des Seismographen, der die Bewegungen der Erdoberfläche aufzeichnet, wie der Arzt die Fieberkurve eines Kranken aufzeichnet, werfen wir einen Blick auf die übrigen Dinge in diesem Raum. Da sehen wir den geologischen Aufbau des Erdballs, soweit er erforscht ist, und die vielen Belegstücke, die der Mensch gesammelt, um seine Annahmen und Erfahrungen zu beweisen. In einem Nebenraume sehen wir die andere Seite der geologischen Erkenntnisse. Hier wächst der Mensch, der eben noch winzig sich fühlte vor der Größe der Naturkräfte, die ihn gefahrvoll umgeben, zu einem Riesen heran, der mit ordnender Hand in die Furchen der Erde hineingreift, hier Salz, dort Erz, hier Kohle, dort warme Quellen aufsucht und sich nutzbar macht. Geologie und Bergbau sind eng miteinander verbunden, denn auch hier erweist sich das Grundprinzip aller Technik: die Kräfte der Erde erkennen, um sie zu beherrschen. Die verschiedenen Methoden, die der Mensch im Laufe der Jahrtausende entwickelte, um in die Erde hinabzukommen und ihre Schätze nach oben zu bringen, zeigt uns die Abteilung Bergbau.

*

Ein neuer Saal, eine neue Welt. Der Mensch kroch nicht nur in die Erde hinein, er kroch auch über die Erde. Er marschierte, er fuhr, und wo ein Wasser seinen Weg hemmte, baute er ein Schiff. Einbäume liegen hier, mit denen der Mensch in Urzeiten zum ersten Male sich auf das Meer gewagt. Und dann sehen wir, von Modell zu Modell vorwärtsschreitend, wie aus dem Einbaum das Schiff wurde, wie wir es heute kennen, und das längst kein Schiff mehr ist, sondern eine Meerüberwindungsmaschine. Unromantisch, sicher und ebenso schön wie die zahllosen Segler der Vergangenheit, die Meer und Flüsse zauberisch belebten. Der Mensch überwand die Tiefe, er überwand das Meer und dann, Erfüllung letzter Träume, stieg er empor. Dem Vogel gleich erhob er sich in die Luft. Die Montgolfiére, einst angestaunt als ein Wunder, heute ist sie originelles Schaustück in einem Museum. Die Maschine der Brüder Wright, für viele unter uns Gegenstand erster Erwartungen, erster Hoffnungen, hier hängt sie, unscheinbarer Vorläufer der Do X, die schon so groß ist, daß nur ein Modell von ihr im Deutschen Museum Aufstellung finden konnte. Unter der Decke hängen historische Flugzeuge, nicht so alt wie die meisten Besucher, Körbe berühmter Ballons, sie alle nur Episoden auf dem Wege zum Kontinente verbindenden Zeppelin. Ein langer Weg, den die Menschheit ging und den wir hier miterleben. Ein Weg, der die Erde zusammenschrumpfen ließ und den Menschen emporwachsen sah zum Riesen, dem alle Kräfte der Erde bekannt und dienstbar sind.

*

Freilich, um zu all diesen Ergebnissen zu kommen, genügt es nicht, die Erde zu erforschen, in ihre Tiefen hinabzusteigen, ihre Höhen zu überwinden, erst mußte der Mensch die Dinge um sich herum beobachten. Wenn er sie aber richtig beobachten wollte, konnte er sich auf seine Augen

Rundschau

Überholt und doch wissenswert: Der Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde von Berlin nach Paris verlegt. —

Der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften ist, wie zu erwarten war, aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Spitzenorganisation der christlich-nationalen Gewerkschaften, ausgetreten. Die Verbände des Gedag werden die „Gleichschaltung" in Übereinstimmung mit der Parteileitung der NSDAP. vornehmen. —

Der Konflikt zwischen dem thüringischen Stahlhelm und der thüringischen Regierung ist beigelegt worden. Die thüringische Regierung hatte seinerzeit den Verkehr mit dem Stahlhelm abgebrochen, weil ein Schreiben des Stahlhelms an den Innenminister die gebotenen Formen überschritten hatte. Der Gauführer des Stahlhelms hat sein Bedauern über dieses Schreiben erklärt. Zugleich hat die thüringische Regierung die Mitgliedssperre für den Stahlhelm aufgehoben, wogegen sich die Stahlhelm-Führung verpflichtet, die Aufnahme ehemaliger Angehöriger der KPD. und SPD. von einer sechsmonatigen Probezeit abhängig zu machen. —

Das Vierpfennigstück wird wieder eingezogen: Es hat sich „nicht bewährt". Die Einführung des Vierpfennigstückes ist Ende des Jahres 1931 in der IV. Notverordnung verfügt worden. —

Die im Juni 1932 eingeführte Beschäftigtensteuer, wie die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe allgemein genannt wird, sollte ursprünglich nur bis zum 31. März 1933 erhoben werden. Durch eine Verordnung der neuen Reichsregierung ist bestimmt worden, daß sie auf ein weiteres Jahr, bis zum 31. März 1934, erhoben wird. —

Der Schweizer Bundesrat hat am 10. April 1933 einem Beschluß Gesetzeskraft verliehen, der unter anderem bestimmt: „Der Arbeitgeber darf einen Ausländer, sofern dieser nicht Niederlassungsbewilligung besitzt, zum Antritt einer Stelle nur zulassen, wenn er sich davon überzeugt hat, daß der Ausländer eine Aufenthalts- oder Toleranzbewilligung besitzt, die ihn ausdrücklich zum Stellenantritt mit Ausübung der in Frage stehenden beruflichen Tätigkeit allgemein oder für diese bestimmte Stelle berechtigt. Alle fremdenpolizeilichen Bewilligungen gelten nur für das Gebiet des bewilligenden Kantons." —

Im Steinbruch am „Breiten Berg" auf Lüptitzer Flur bei Wurzen wurde der 62 Jahre alte Steinbossierer Ernst Gumlich aus Lüptitz von einem Stein, der von einer 18 Meter hohen Wand abstürzte, durch schwere Schädel- und Gehirnverletzungen schwer verletzt. Kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb der Kollege. —

Die längst fällige Volkszählung soll nunmehr am 16. Juni durchgeführt werden. Es werden dafür 300 000 ehrenamtlich tätige Helfer gebraucht. Bei der Auswertung des Materials werden 3000 Personen ein halbes Jahr Beschäftigung finden. Durch diese Zählung wird sich auch ein klares Bild über die Zahl der tatsächlich vorhandenen Arbeitslosen gewinnen lassen. Auch über die berufliche Umschichtung und den Altersaufbau der Bevölkerung wird sich Näheres ergeben. Außerdem wird die Volkszählung eine restlose Erfassung aller heute selbständig betriebenen Erwerbsunternehmen von der kleinsten Reparaturwerkstatt bis zu den Mammutwerken der Großindustrie möglich machen. Die Gesamtergebnisse werden im Statistischen Reichsamt in Berlin zusammengefaßt und von hier aus veröffentlicht. —

Die Preisbewegung in Deutschland. Das Preisniveau in Deutschland hält sich nach wie vor auf tiefem Stand. Die Märkte der industriellen Rohstoffe und Halbwaren haben sich nach Schwankungen wieder beruhigt. Die Preise der Rohstoffe standen auch weiterhin unter dem Druck der geringen Nachfrage. In der letzten Zeit war hier allgemein eine größere Widerstandsfähigkeit der Preise erkennbar. Die Schrottpreise sind seit Anfang des Jahres wesentlich gestiegen. Schrottpreise gelten in der Regel als richtungweisend. An den Märkten der industriellen Fertigwaren macht sich das Bestreben geltend, die Preisverhältnisse zu revidieren. Sowohl bei den Produktionsmitteln als auch bei den Konsumgütern werden vereinzelt Preiserhöhungen gemeldet. Unter dem Einfluß der neuen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft haben sich die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse gebessert. Dies gilt namentlich für Erzeugnisse der Viehwirtschaft. Man ist allgemein der Überzeugung, daß sich die Preise landwirtschaftlicher Produkte nach oben bewegen. Im ganzen zeigt der deutsche Warenmarkt das Bild des gefestigten Preisstandes. Preissenkungen werden sich wahrscheinlich auf keinem Gebiete mehr bemerkbar machen.

Sozialversicherung und Volkswirtschaft. Daß die Sozialversicherung in der Volkswirtschaft eine große Rolle spielt, dürfte allgemein bekannt sein. Die Einnahmen der Sozialversicherung in Deutschland betrugen im Jahr 1932 rund 3,3 Milliarden Mark. Acht Zehntel aller Einnahmen stammen aus den Beiträgen. 53 bis 60 v. H. werden von den Arbeitnehmern aufgebracht. Ein Zehntel leistet die öffentliche Hand in Form von Zuschüssen. Ebenfalls ein Zehntel der Einnahmen stammt aus Kapitalerträgen. Der größte Teil der Ausgaben der Sozialversicherung fließt in Form von persönlichen Leistungen und Verwaltungsausgaben (Barleistungen der Krankenkassen, Sterbegelder, ferner Gehälter und Löhne usw.) wieder in das Einkommen zurück: 1929 waren es 3,4 Milliarden Mark, 1932 etwa 2,2 Milliarden. Die Gelder für die Sachausgaben der Versicherung und ihrer Verwaltung, etwa ein Fünftel der Ausgaben, kommen fast ausschließlich der Erwerbswirtschaft zugute. Die Sozialversicherung tritt außerdem ständig als Bauherr auf. Für die Verflechtung mit dem Geld- und Kapitalmarkt sind bei der Sozialversicherung die Überschüsse oder Fehlbeträge maßgebend. Das Vermögen der deutschen Sozialversicherung betrug Ende 1931 etwa 3,7 Milliarden Mark. — Diese Angaben bezeugen, in welcher Weise die Sozialversicherung in der deutschen Volkswirtschaft verankert ist. Es würde ein großes Chaos entstehen, wenn in diesem Verhältnis plötzlich eine grundstürzende Änderung vorgenommen würde. Gleichviel wie und von wem die Regierungsgewalt in Deutschland ausgeübt wird, kann an dem großen volkswirtschaftlichen Wert der Sozialversicherung nicht vorübergegangen werden. Was 50 Jahre organische Entwicklung unter tätiger Mitwirkung der Gewerkschaften aufgebaut haben, läßt sich nicht in einem Schlage beseitigen oder verändern.

Der Mensch muß Urlaub haben! Untersuchungen über Arbeit und Ermüdung, die man an Menschen angestellt hat, hat man auch mit Tieren gemacht, sogar mit den ganz kleinen, allerkleinsten Lebewesen, den Glockentierchen. Und überall fand man das gleiche Gesetz über Ermüdung und Arbeit, das Urnaturgesetz der Erholung. Pausen müssen sein! Man hat auch festgestellt, wie lange sie dauern müssen. Und man hat erfahren, daß diese Pausen, wenn sie zu kurz sind, nichts nützen. Selbst das kleinste Wesen im großen Lebendigen hat nach einer Leistung die nötige Pause nötig. Aber die Pausen allein tun es nicht. Es ist einwandfrei nicht nur als Gesetz für das Menschenleben, sondern als allgemeines Naturgesetz festgestellt, daß Organe, die tätig sind, von Zeit zu Zeit längere Erholungspausen haben müssen. Sonst treiben die Leiber Raubbau mit der eigenen Kraft. Wenn das schon bei Versuchen an Glockentierchen erwiesen wurde, wieviel mehr gilt es für den Menschen, der auch geistig und seelisch einmal aus dem Alltag herausgebracht werden muß.

Keine Wohnungsnot? Vielfach hört man die Ansicht vertreten, daß es in Deutschland keine Wohnungsnot gebe. Dies wird durch folgende Tatsachen glatt widerlegt: 52 700 Wohnungen in Berlin bestehen aus einem einzigen Raum, in dem gewohnt, gekocht und geschlafen wird. Darin leben etwa 95 000 Menschen. Diese Angaben bedeuten, daß eine Großstadt von rund 100 000 Einwohnern aus lauter Einraumwohnungen besteht, um die furchtbare Lage einer großen Anzahl von Menschen richtig würdigen zu können. Ähnlich wie in Berlin sind die Wohnverhältnisse auch in anderen Großstädten. Hier müßte schleunigst eingegriffen werden. Die Erstellung von Wohnungen für Minderbemittelte ist die beste Arbeitsbeschaffungsmöglichkeit, die sich denken läßt.

Die Weltarbeitslosigkeit im Jahre 1933

Soweit die dem Internationalen Arbeitsamt für die Monate Januar, Februar und März 1933 vorliegenden Zahlen erkennen lassen, ist eher eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit im Vergleich zu den gleichen Monaten des Vorjahres eingetreten. Der Vergleich der Zahlen vom Winter 1931/32 zu dem 1932/33 zeigt für die meisten Länder ein Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen. Eine Steigerung ist festzustellen in Chile von 116 v. H., in Estland und Schweden von 77 v. H., in der Tschechoslowakei von 71 v. H., in Belgien von 35 v. H., in Dänemark von 30 v. H., in den Niederlanden von 26 v. H. und in der Schweiz von 22 v. H. Für den Freistaat Irland beträgt die Steigerung sogar 199 v. H. Teilweise ist die Steigerung allerdings auf die Änderung der Statistik zurückzuführen.

Der Zuwachs der Arbeitslosen ist geringer in Österreich, in Finnland, in Frankreich, in Großbritannien, in Italien, in Neuseeland, in Norwegen, im Saargebiet und in der freien Stadt Danzig. Eine Verringerung der Arbeitslosigkeit ist festzustellen in Deutschland, Australien, Kanada und Polen. In Polen und im gewissen Umfange auch in Deutschland, ist diese Verringerung teilweise auch darauf zurückzuführen, daß zahlreiche Arbeitslose ihren Unterstützungsanspruch erschöpft haben und nicht mehr in den Listen geführt werden.

Wenn man den Hundertsatz der Arbeitslosen ermittelt, so ergibt sich eine Arbeitslosigkeit von 33 v. H. in Deutschland, 32 v. H. in Österreich und 23 v. H. in Großbritannien. In der freiwilligen Arbeitslosenversicherung wurden 43 v. H. Arbeitslose in Dänemark, 38 v. H. in den Niederlanden, 25 v. H. in der Schweiz, 22 v. H. in Belgien und 21 v. H. in der Tschechoslowakei festgestellt. In den Vereinigten Staaten beträgt der Hundertsatz der Arbeitslosen auf Grund der gewerkschaftlichen Statistiken 34 v. H. Die American Federation of Labour schätzt die Zahl der Arbeitslosen in USA. auf rund 12 Millionen. — Obige Angaben lassen erkennen, daß die Arbeitslosigkeit der Welt nach wie vor das schwierigste Problem der Weltwirtschaft darstellt.

*

und Ohren allein nicht verlassen, er mußte feinere Werkzeuge haben, als die Natur sie ihm gegeben, er mußte mit feineren Maßen messen, als er sie in seinem Gefühl besaß. Folgerichtig ist im Deutschen Museum der Entwicklung der Zeit- und Gewichtsmesser ein großer Platz eingeräumt.

Optische Versuche führten die Erkenntnisse des Menschen weiter. Man experimentierte mit dem Licht. Lernte die Erscheinungen der Wärme kennen und die Verwandlung der Stoffe durch sie. Experimente mit dem Schall gehören in dieselbe Linie menschlicher Forschung. Sie führten dazu, in einer besonderen Abteilung des Museums auch Musikinstrumente zu zeigen. Hier finden wir alte Trommeln, Blas- und Zupfinstrumente aus allen Ländern. Streichinstrumente, Klaviere und, wuchtigstes Element aller Musik: die Orgel. Von der Pan-Flöte bis zur großen Kirchenorgel sehen wir ihren Weg. Und ihre Entartung, die moderne Konzertorgel, das Orchestrion, deren Fortentwicklung der Tonfilm hemmte. Ein besonders für diesen Zweck ausgebildeter Mann führt den Besuchern die einzelnen Instrumente in ihrer geschichtlichen Folge vor, so daß auch diese Abteilung mehr ist als nur eine tote Sammlung.

*

Daß der ordnende und sammelnde Geist eines Museums auch schöpferisch sein kann, zeigt sich im Planetarium, das nach Entwürfen und Plänen Oskar von Millers von der Firma Zeiß in Jena gebaut wurde. Ursprünglich nur als Schau- und Lehrstück für das Deutsche Museum gedacht und in dessem Auftrage konstruiert, hat sich das Planetarium inzwischen die ganze Welt erobert. In Berlin und Neuyork, in Tokio und Moskau lernen die Menschen in gleicher Weise die Bewegungen der Sterne und den Lauf der Planeten am Zeißschen Planetarium kennen und bewundern.

Im Turm des Museums hat man ein vierzig Meter langes Pendel aufgehängt, mit dem der berühmte Foucaultsche Versuch, der zuerst die Drehung der Erde bewies, wiederholt wird. Jeder kann hier verfolgen, wie sich in vierundzwanzig Stunden der Schnittpunkt des Pendels verändert, und wer intelligent genug ist, kann den gleichen Schluß daraus ziehen, den Foucault als erster daraus zog.

So ist in diesem Hause überall Gelegenheit, Kenntnisse zu erweitern oder aufzufrischen. Selbst wenn wir im Fahrstuhl nach oben fahren, um von der Galerie des Turmes aus einen Blick in den Hof des Museums zu werfen, wo Wind- und Wassermühlen, Flugzeuge und Bojen, Anker und Kräne aufgebaut sind, die man im Innern des Museums nicht unterbringen konnte, können wir ein technisches Experiment beobachten. Vor unsern Augen arbeitet ein Höhenmesser und zeigt uns, in welchem Maße der Luftdruck um uns her abnimmt, wodurch wir Gelegenheit haben, unsere jeweilige Höhe festzustellen. Wir wissen, wie wichtig diese Erkenntnis für die Luftfahrt ist.

Verwirrend ist die Fülle der Einzelheiten, die das Museum an uns heranträgt, überwältigend das Gefühl, das sich im Anschauen all dieser Einzelheiten bei dem Besucher einstellt: Der Mensch ist nicht mehr allein auf dieser Welt! Wir alle sind zusammengewachsen durch unser Wissen, durch unsere Fähigkeiten, die keiner mehr allein beherrschen kann, die aber allen dienen. Und mag der einzelne auch abgeschlossen sein von der Erkenntnis der Größe menschlichen Geistes, ausgeschlossen von den Erfindungen, die der Mensch gemacht, unfähig, sie im einzelnen zu verstehen, als Ganzes genommen, besitzt der Mensch heute alle Mittel und alle Erkenntnis. Er hat gelernt, alle Hindernisse der Natur zu überwinden und ihre Kräfte für sich zu nutzen.

Die Technik ist es, die heute mehr Menschen erlaubt, die Erde zu bewohnen, als sie vor hundert Jahren bewohnten. Die Technik ist es auch, die selbst dem Ärmsten heute mehr Anteil an den Gütern der Welt gibt, als noch vor einem Jahrhundert den Bevorzugten der Menschheit vorbehalten war. Freilich, der Abstand zwischen oben und unten ist heute größer, als er je war. Aber wenn es schon zu den Aufgaben der Technik gehört, Wohlstand zu schaffen, diesen Wohlstand so zu verteilen, daß er allen zugute komme, die diese Erde bewohnen, ist eine Aufgabe, die nicht den Technikern, sondern uns allen gestellt ist. Auch das ist eine Erkenntnis, die das Deutsche Museum seinen Besuchern mitgibt. Er. Gr.

Verbandstreue

Im Monat März 1933 konnten in nachstehenden Zahlstellen die genannten Kollegen auf eine mindestens 25jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken:

Bochum: August Wachowiack.
Grünberg: Heinrich Klose.
Jakubowitz: Alois Semmler, Franz Sonneck.
Oldenburg (O.): Heinrich Linde.
Saalburg: Martin Zimmermann.
Schwarzenbach: Georg Goller.
Strehlen: Friedrich Spura.
Wolfshagen: Wilhelm Pahl.
Wurzen: Karl Kriegel, Artur Winkler.

Den Verbandsjubilaren noch nachträglich die besten Wünsche zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrentage.

Briefkasten

Ideal. Nicht jeder kann einen anderen an Kindesstatt annehmen. Hauptvoraussetzung ist, daß der Annehmende zur Zeit der Annahme keine ehelichen Abkömmlinge hat. Dabei ist gleichgültig, ob er Mann oder Frau, verheiratet oder ledig ist. Der Annehmende muß ferner das 50. Lebensjahr vollendet haben und mindestens 18 Jahre älter sein als das Wahlkind. Von den beiden letzten Erfordernissen kann jedoch Befreiung bewilligt werden, für die in der Regel die Amtsgerichte zuständig sind. Wenn der Annehmende oder der Anzunehmende verheiratet ist, ist die Einwilligung des Ehegatten erforderlich. Ein Kind, das das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, kann nur mit Einwilligung seiner Eltern bzw. seiner unehelichen Mutter an Kindesstatt angenommen werden. Die erforderlichen Einwilligungserklärungen müssen gerichtlich oder notariell beurkundet sein. — Die Annahme an Kindesstatt kann nur in Form eines gerichtlich oder notariell beurkundeten Vertrags erfolgen, der der Bestätigung durch das zuständige Gericht bedarf. Beim Vertrags-Abschluß müssen beide Teile gleichzeitig anwesend sein. Ist das Kind noch nicht 14 Jahre alt, so wird der Annahmevertrag ausnahmsweise durch den gesetzlichen Vertreter mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts geschlossen, ist es über 14 Jahre alt, aber noch minderjährig, so handelt das Kind selbst, bedarf aber der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters und der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. — Durch die Annahme an Kindesstatt erlangt das Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes des Annehmenden. Es gilt also mit ihm verwandt, es hat ein gesetzliches Erbrecht und einen Unterhaltsanspruch ihm gegenüber usw.

X 100 (siehe auch Nr. 16 des „Steinarbeiter"). Die Zulässigkeit der Notwehr ergibt sich daraus, daß staatliche Hilfe nicht überall gegenwärtig ist, und kein Gesetz dem Staatsbürger ein notwendiges Lebensrecht nehmen darf, wenn er sich gegen einen schweren Angriff auf sein Leben, seinen Körper, seine Ehre, sein Eigentum oder ein sonstiges Rechtsgut wehrt.

Selbständiger. Trotz der Pfändung kann das Finanzamt die auszugebenden Steuergutscheine zurückbehalten und als Sicherheit im Sinne des § 381 RAbgO. behandeln. Dieses Zurückbehaltungsrecht darf das Finanzamt aber nur ausüben, wenn ein Gutscheinberechtigter mit nicht gestundeten Steuern im Rückstand ist und es sich um Steuergutscheine auf Grund von Steuerzahlungen handelt. Gegenüber dem Anspruch auf Ausgabe von Steuergutscheinen für Mehrbeschäftigung steht dem Finanzamt dagegen kein Zurückbehaltungsrecht zu.

St. Br. 1. Die Geologie unterscheidet 16 wichtige gesteinsbildende Mineralien. 2. Bei Einteilung der Gesteine unterscheidet man: a) Massengesteine (Tiefen-, Gang- und Ergußgesteine), b) Sedimentgesteine (einfache und zusammengesetzte), c) metamorphe Gesteine (einfach und zusammengesetzt). — Die andere Frage wird im nächsten „Steinarbeiter" beantwortet.

Adressenänderungen

4. Gau: **Aschersleben.** Vors.: Louis Hoffmann, Kiethof 1; Kass.: Paul Goldmann, Vorderbreite 17, II. — **Zörbig.** Vors. u. Kass.: Paul Hecht, Paradies 9.
6. Gau: **Detzeln.** Kass.: Ernst Reichert.
7. Gau: **Selb** (Ofr.). Kass.: Max Solbrig, Sandstr. 23.

Bekanntmachungen
aus den Zahlstellen, Bezirken und Gauen

Versammlungen:

Jedes Verbandsmitglied ist verpflichtet, die Zahlstellenversammlungen pünktlich und regelmäßig zu besuchen. Mehr denn je erfordert die gegenwärtige Lage in Deutschland den organisatorischen Zusammenhalt der Kollegen. Darum immer zur Stelle in jeder Zusammenkunft!

Sonnabend, 29. April.
In Steglitz um 19½ Uhr bei Martin, Steglitz, Fichtestr. 4.

Sonntag, 7. Mai.
In Berlin um 10 Uhr in den Brunnensälen, Brunnenstr. 15.

Montag, 8. Mai.
In Spandau um 19½ Uhr bei Höpfner, Pichelsdorfer Str. 5.

*

Unsere Verbandszeitung „Der Steinarbeiter" ist seit dem 8. April (Nr. 11 bis 14 in einer Ausgabe) wieder erschienen. Der Versand von Leipzig erfolgt wie schon vordem, immer so, daß sämtliche Empfänger jeweils spätestens am Sonnabend jeder Woche durch die Postzustellung in den Besitz des „Steinarbeiter" gelangt sein müssen. Ausgeschlossen ist es aber nicht, daß an einzelnen Orten die Zustellung durch irgendwelche Gründe zurückgehalten wird. Wenn durch Nachfrage bei der örtlichen Post keine Abhilfe in der evtl. Zurückbehaltung möglich ist, wird um Mitteilung an unsere Versandstelle gebeten, um für pünktliche Zustellung wirken zu können. Dem Erscheinen des „Steinarbeiter" stehen gesetzliche Schwierigkeiten bisher nicht im Wege.

*

Änderungen in der Stückzahl des „Steinarbeiter", entsprechend der örtlichen Mitgliederzahl, meldet man möglichst sofort der Versandstelle.

*

Örtliche Reiseunterstützung, also aus Lokalmitteln, ist eine freiwillige Leistung, richtet sich nach den vorhandenen Geldmitteln und wird infolgedessen nur noch in ganz wenigen Zahlstellen des Verbandes geleistet. Das ist keine Unfreundlichkeit gegen die tippelnden Berufskollegen, sondern eine bedauerliche Folge der andauernden Arbeitslosigkeit, wodurch keine Beiträge für diese gegenseitige Hilfe mehr gezahlt werden können. Darum ist das oft lästige Aufsuchen des Kassierers oder Vorsitzenden auf der Arbeitsstelle oder noch spät abends in den Wohnungen zwecklos.

*

Im Mitgliedsbuch ist immer der **Wochenbeitrag fällig,** der im Beitragsfeld des Mitgliedsbuches so numeriert ist, wie der wöchentliche „Steinarbeiter".

Anzeigen

Pflasterhämmer
aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtl. Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31, Brunnenstraße 82

Die Bezugsquelle
für alle Literatur des In- und Auslandes ist für jeden unserer Berufskollegen und seinen Angehörigen die **Verlagsgesellschaft des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a.** Man wende sich deshalb im Bedarisfalle vertrauensvoll an die genannte Adresse

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Schadenwalde. Am 5. April der Brecher Max Schulz, 34 Jahre alt, an den Folgen eines Betriebsunfalles nach 2tägiger Krankheit.
Hamburg. Am 10. April der Steinsetzer Hermann Schulz, 72 Jahre alt, Altersschwäche.
Bürgstadt. Am 16. April der Sandsteinmetz Oskar Bauersachs, 65 Jahre alt, 2½ Jahre krank, Staublunge.
Tröstau. Am 18. April der Granitsteinmetz Georg Prell, 61 Jahre alt, 1½ Jahre lungenkrank.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Druck: Hugo Günther & Co., Leipzig O 5, Kirchstraße 4